

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Kulturelle Koexistenz in der Schweiz

Die Schweiz unterhält mit kommunistischen Staaten lukrative Handelsbeziehungen, die bereits so weit gehen, daß ein Boykott des Osthandels unverzüglich zu einer erheblichen Arbeitslosigkeit führen würde, also die Handelspolitik seitens der Kommunisten als Instrument der Politik eingesetzt werden könnte. In bezug auf Ostkontakte auf kulturellem und sportlichem Gebiet gehen indessen die Meinungen noch immer weit auseinander. Es gibt Befürworter dieser Kontakte sowohl in Kreisen, die für den Kommunismus eine gewisse Sympathie nicht ableugnen, wie auch in antikommunistischen Gruppen, wo die Koexistenz als Form der ideologischen Auseinandersetzung verstanden wird. Daneben werden aber die Ostkontakte vor allem in der Ostschweiz scharf verurteilt und mittels Terrormaßnahmen der Polizei unterbunden. Eine einheitliche Haltung fehlt ebenso sehr wie eine staatsvertragliche Verpflichtung zum Kulturaustausch. Es bleibt vielmehr den Kantonen überlassen, ihre diesbezügliche Praxis zu gestalten. Bisher hat das Bundesgericht noch nie zu einem korrigierenden Entscheid Gelegenheit erhalten, da die Polizeiverbote betreffend Gastspiele aus dem Osten unter der Etikette „Freies Ermessen“ gegen bundesrechtliche Eingriffe weitgehend abgesichert sind.

Während beispielsweise in *La-Chaux-de-Fonds* (Kanton Neuenburg) eine Ausstellung aus Kadar-Ungarn offiziell gefeiert wurde, die Oper von Peking in *Genf*, *Bern* und *Basel* gastieren durfte, erweist sich *Zürich* unter dem Regime „liberaler“ Politiker mehr und mehr als Zentrum eines McCarthyismus, der nur schwer verständlich ist. Die Schweiz müßte demgemäß päpstlicher sein als der Papst, konformer als die NATO-Staaten, antikommunistischer als die USA. Das Publikum wird — jüngst wieder in einem Entscheid der Zürcher Regierung gegen das Gastspiel der russischen „Etoiles sovietiques de la danse“ vom 9. März 1961 — rundweg als für kommunistische Propaganda anfällig eingestuft. Man spricht von Spionagegefahr, obwohl ja die Bundesbehörden, die zur Abwehr verpflichtet wären, diese Ensembles in das Land hereinlassen, damit sie in *Genf*, *Basel*, *Bern* und *Lausanne* auftreten können.

Eine Opposition gegen dieses freiheitswidrige und überdies lächerliche Polizeiregime ist nicht stark in Erscheinung getreten. Wohl erschienen in sozialdemokratischen und anderen oppositionellen Zeitungen kritische Glossen, doch hat sich diese Kritik beispielsweise im

Parlament nicht (oder dann nur durch Kommunisten) zum Wort gemeldet. Man fürchtet eine politische Prestigeeinbuße, meckert nur im kleinen Kreis, verkennt die grundsätzliche Tragweite des Problems — abgesehen von den komischen Aspekten, die dem Thema ja durchaus abzugewinnen wären, wenn man bedenkt, daß in Seldwyla verboten wird, was in Washington oder Bonn ohne weiteres erlaubt ist. Es fehlt vor allem an einer *konstruktiven Alternative*, weil die Einseitigkeit des Kulturaustausches fraglos ist. Während die kommunistischen Propagandatruppen mit Staatsgeldern in den Westen geschickt werden, wird nur selten ein eidgenössisches Ensemble in den Osten eingeladen; *Ernest Ansermet* gastierte mit dem Orchestre de la Suisse Romande (Genf) in Warschau und Budapest, aber andere Ensembles haben Einladungen, z. B. in die DDR, aus Angst vor Retorsionsmaßnahmen in der Schweiz abgelehnt. Man hat nicht Angst, nach Ost-Berlin zu fahren, aber Angst, von Ost-Berlin zurückgekehrt, wieder in Zürich aufzutreten...

Die kulturelle Koexistenz könnte nur unter zwei Voraussetzungen *offensiv* gestaltet werden. Einmal müßte mittels Staatsverträgen das Gegenrecht gesichert sein. Sodann wären für schweizerische Künstler und Ensembles Subventionen aus privater oder öffentlicher Hand auszurichten, damit Tourneen in kommunistischem Herrschaftsbereich durchgeführt werden können. 10 vH aus dem Reingewinn des Osthandels würden hinreichend genügen ... Es fällt aber offensichtlich leichter, in wertlosen Protesten, simplen Hetzreden, einfühligen Konformismus den Geist des Senators *McCarthy* zu beschwören und dabei mit der linken Hand Ostgeschäfte zu tätigen, als die naheliegendste Offensivaktion wider den Kommunismus zu stützen. Wenn auch die Einsicht selbst in Zürich unter Intellektuellen und Politikern durchaus anzutreffen ist, fehlt doch die Aktion aus Angst vor einem undifferenziert reagierenden Publikum. *Eugene Ionescu* hat diesen Sachverhalt in seinem Stück „Die Nashörner“ dargestellt...

Dr. Manfred Kuhn (Zürich)

AUSSPRACHE

Gerät das Erbe der Gewerkschaftsbewegung in Vergessenheit?

Wir wollen aus der Vergangenheit das Feuer übernehmen, nicht die Asche.

Jean Jaures

Jürgen Seifert schreibt im Februar-Heft der GM, daß das Standardwerk über die Gewerkschaftsbewegung von einem Mann des Deutschen Instituts, *Günther Triesch*, geschrieben worden sei. Man wünscht sich, das sei ironisch gemeint. Weit gefehlt! Diese Behauptung entspricht leider den Tatsachen. — Sind wir Gewerkschafter uns der Bedeutung dieser Tatsache bewußt, ahnen wir, in welche Lage die Gewerkschaften in Deutschland geraten werden, wenn wir keine Änderung schaffen? Wollen wir zulassen, daß die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von ihren Gegnern geschrieben wird?

Auf dem westdeutschen Büchermarkt ist augenblicklich kein Buch lieferbar, das die Geschichte der deutschen Gewerkschaften behandelt. Die Bücher von *Richard Seidel*, *Josef Kurth*, *Jack Schiefer* u. a. sind lange schon vergriffen, *Walter Neumanns* wichtiges Buch „Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet“ und *Fritz Sternbergs* „Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht“ wurden nicht neu aufgelegt, *Carl Jantkes* materialreiche Schrift „Der 4. Stand. Die gestaltenden Kräfte der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert“ wurde vor zwei Jahren verramscht.

Die von den Gewerkschaften regelmäßig publizierten Jahrbücher und Kongreßberichte können diese Lücken nicht füllen, denn sie werden nur innerhalb der Gewerkschaften verbreitet und sie sind Rechenschaftsberichte, keine historischen Darstellungen. Weite Verbreitung finden dagegen (weil ohne Konkurrenz) die Bücher von *G. Triesch*, *Otto Stolz*, *G. Briefs* und *Theo Pirker*. Sie wirken entscheidend auf die öffentliche Meinungsbildung ein, aus diesen Quellen schöpfen heute Journalisten, Lehrer, Wissenschaftler, Studenten und andere Interessierte ihr Wissen über Weg, Wert und Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Können wir uns das leisten? Wir müssen endlich wieder der Öffentlichkeit (und zugleich unseren Funktionären und Mitgliedern) Dokumentationen über Entstehen, Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaften vorlegen.

Kann es uns da noch überraschen, wenn das gewerkschaftliche Bewußtsein im Schwinden begriffen ist, wenn es heute bereits Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die nicht mehr wissen, wer *Carl Legien* war, seit wann wir Betriebsräte haben, daß es im Kaiserreich keinen Tag Urlaub für die Arbeiter gab, was „Richtungsgewerkschaft“ zu bedeuten hat? Erklärt dieser Zustand nicht zu einem Teil, warum wir uns heute in der gewerkschaftlichen Werbung so schwer tun, warum es Funktionäre gibt, die eine Beteiligung an Mitgliederwerbung ablehnen? Ohne Kenntnis der Gewerkschaftsgeschichte, ohne Wissen um die wirtschaftliche, soziale und politische Lage der Arbeiter in früheren Zeiten ist es einem Werber nahezu unmöglich, die gewerkschaftlichen

Erfolge nachzuweisen (die ja eine Art Gegenleistung für die Beitragsleistung sind). Ohne die Verwendung entsprechender Beispiele und Vergleiche mit überwundenen Verhältnissen wird man andere nur schwer von der Notwendigkeit der Gewerkschaften für den Arbeitnehmer, für die Wirtschaft, für die Gesellschaft überzeugen können. Diese Kenntnisse muß die Gewerkschaftsbewegung ihren Mitgliedern und besonders den Funktionären übermitteln. Daran aber mangelt es. Ein Wort von *Karl Jaspers* sollte uns nachdenklich stimmen: „Wohin ich gehöre, wofür ich lebe, das erfahre ich erst im Spiegel der Geschichte.“

Wenn wir das Erbe der Gewerkschaftsbewegung vernachlässigen, wenn wir diese Zeugnisse von Leiden und Überwinden, von Gläubigkeit und Opfermut ins Vergessen sinken lassen, dann wird die Gewerkschaftsbewegung wurzellos werden und es wird nichts weiter von ihr bleiben, als bloße materielle Interessenvertretung. Dann wird es nicht mehr gelingen, die Masse der Arbeitnehmer in einer Bewegung zu erfassen („bewegt“ wird der Mensch nur von dem, woran er glaubt), dann werden wir keine Begeisterung für die gewerkschaftliche Arbeit und die gewerkschaftlichen Ziele entzünden. Vor allem wird es dann sehr schwer werden, die Jugend zu gewinnen und in die Bewegung hineinzuführen. Bereits 1956 förderte eine Befragung 14- bis löjähriger Arbeitnehmer, die *K.-H. Sohn* im Auftrage des DGB-Ortsausschusses Köln durchführte, bestürzende Ergebnisse zutage: 60 vH der Jugendlichen wußten nichts zu der Frage zu sagen, was unter Gewerkschaften zu verstehen sei, 62 vH kannten nicht die Bedeutung des 1.-Mai-Feiertags.

Eine entscheidende gewerkschaftliche Aufgabe sehe ich darin, alle jungen Menschen, die von der Schule in den Beruf hinüberwechseln, mit der Gewerkschaft bekannt zu machen und sie möglichst rasch für die Gewerkschaft zu gewinnen. Wir müßten alles tun (und auch große Aufwendungen nicht fürchten), daß für den jungen Arbeitnehmer Beruf und Gewerkschaft untrennbar zusammengehören. Junge Menschen, die in die Wirtschaft eintreten, müßten unmittelbar von der zuständigen Gewerkschaft angesprochen werden, und dabei könnte eine Darlegung der Geschichte und der Erfolge der Gewerkschaft eine große Hilfe sein.

Es ist höchste Zeit, daß wir der Öffentlichkeit Schriften zur Gewerkschaftsgeschichte vorlegen. Es geht dabei nicht allein um die Geschichte des Zentralverbandes, des DGB; nicht minder wichtig sind Dokumentationen über den Weg der einzelnen Gewerkschaftsverbände. Für die Bergarbeiterbewegung z. B. erschien 1912 die letzte Darlegung ihrer Geschichte aus der Feder eines Gewerkschafters: *Otto Hues* „Die Bergarbeiter“.

Mannigfache Vorteile würde uns die Veröffentlichung solcher Schriften bringen:

1. Sie würden dem *Selbstverständnis* der Gewerkschafter dienen (gewerkschaftliche Bewußtseinsbildung, Weckung von Begeisterung und Idealismus). 2. Sie würden die *Werbearbeit* erleichtern, den Werbemännern unentbehrliche Erkenntnisse vermitteln. 3. Sie würden in der Öffentlichkeit wirken, würden die *öffentliche Meinung* beeinflussen. (Abwehr gegnerischer Propaganda, Richtigstellung fehlerhafter oder einseitiger Darlegungen, Weckung von Verständnis und Sympathie für die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit. 4. Sie würden eine *Dokumentation* sein, die die Situation der Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts, ihre Rebellion und die Erfolge dieser Selbsthilfeaktion vor dem Vergessenwerden bewahrt.

Erst wenn das geschehen ist, wenn die wesentlichen Fakten aus der Geschichte der Gewerkschaften wieder stärker ins allgemeine Bewußtsein gedrungen sind, kann man daran denken, das Gebäude einer Gewerkschaftstheorie zu errichten, wie es *Jürgen Seifert* in seinem Aufsatz anregt. In die Zukunft greifen kann nur, wer in der Geschichte verwurzelt ist.

Mit Sorge sollte uns erfüllen, daß wir heute in den Gewerkschaften so wenig für die Pflege des kulturellen Erbes der Arbeiterbewegung tun. So geriet beispielsweise die *Arbeiterdichtung* in Vergessenheit. Vergeblich sucht man in den Publikationen der deutschen Gewerkschaften nach Werken von Künstlern aus der Arbeitnehmerschaft. Die Wiederkehr von Geburts- und Todestagen der Arbeiterdichter früherer Epochen wird von bürgerlichen Zeitungen regelmäßiger und ausführlicher gewürdigt als von der Gewerkschaftspresse (wie es z. B. kürzlich wieder mit *Gerrit Engelke* und *Paul Zech* geschah). Hier droht auch von links eine Gefahr: FDGB und SED beanspruchen das Erbe der deutschen Arbeiterbewegung für sich allein, sie wollen glauben machen (und sie haben dank unserer Versäumnisse einigen Erfolg damit), daß allein durch sie die deutsche Arbeiterdichtung bewahrt und fortgeführt werde. So wurde beispielsweise 1960 in Ost-Berlin ein Buch mit Gedichten von *Heinrich Kämpchen*, des Dichters der Ruhrkumpel, herausgebracht. Wir selbst tun zu wenig, um die Arbeiterdichtung lebendig zu erhalten, um sie der heutigen Arbeitergeneration nahezubringen. Und wir tun auch so gut wie nichts, um diesem Erbe neue kulturelle Schöpfungen aus der Arbeitnehmerschaft hinzuzufügen. Junge Künstler sollten durch die Gewerkschaften gefördert, beraten, angespornt werden, ihre Werke sollten in der Gewerkschaftspresse wiedergegeben oder besprochen werden, wir sollten Ausstellungen veranstalten, Anthologien zusammenstellen, Romane von Arbeiterdichtern drucken, die Büchergilde Gutenberg und den Bund-Verlag für diese kulturellen Aufgaben einsetzen.

In den letzten Jahren mußten wir uns auf diesem Gebiet vom Bundesverband der Deutschen Industrie beschämen lassen, der über seinen Kulturkreis als großzügiger Mäzen auftritt, Ausstellungen arrangiert, Stipendien vergibt, jungen Künstlern Studien im Ausland ermöglicht und der jährlich ein umfangreiches und anspruchsvolles Buch („Jahresring“) mit den Werken der geförderten Künstler veröffentlicht. Darunter befinden sich Künstler mit ausgeprägter sozialkritischer Haltung, die sich durch ihre Werke viel stärker einer Förderung durch die Gewerkschaft als der durch die Unternehmerschaft empfehlen.

Beachten sollten wir auch, was die *österreichischen* Gewerkschaften an Kulturarbeit leisten. Dort erscheint regelmäßig der *ÖGB-Bildungsfunktionär*, eine vorzüglich gestaltete Zeitschrift, die zentral für alle österreichischen Gewerkschaften zusammengestellt wird und in der neben Buch- und Filmkritiken, Abhandlungen über Freizeitprobleme und die großen geschichtlichen Ereignisse stehen und in der auch Werke der Arbeiterdichtung zu finden sind. So etwas brauchen wir auch bei uns. Wir sollten die Kulturarbeit der Gewerkschaften nicht allein auf die Ruhrespiele beschränken, die für sich genommen eine großartige Leistung bedeuten, die aber kein Ausgleich, keine Entschuldigung für die kulturpolitische Abstinenz der Gewerkschaften auf fast allen anderen Gebieten sein können. Wir sollten, neben anderem, ein Forum für eine beständige Auseinandersetzung mit kulturellen Fragen, und hier besonders mit den Werken der Arbeiterdichtung, schaffen. Eine periodisch erscheinende Schrift (die vielleicht den Namen *Blätter für Arbeiterbildung und Arbeiterdichtung* führen könnte) könnte eine doppelte Aufgabe erfüllen: Sie würde alle in der Bildungsarbeit stehenden Funktionäre, wie Schulleiter, Referenten, Jugendgruppenleiter, mit Material und Anregungen für ihre Tätigkeit versorgen, und sie würde andererseits den schöpferisch tätigen Arbeitnehmern den Weg zu Auge und Ohr ihrer Kollegen öffnen.

Der Erfolg und die Wirkung der Bücher von Pirker, Stolz und anderen sollten uns nachdenklich machen, der relative Mitgliederschwund der Gewerkschaften sollte uns zur kritischen Prüfung unserer Arbeit veranlassen, alarmieren aber müssen uns die Tatbestände der kulturellen Verkümmern und Verflachung der Arbeitnehmerschaft, wie sie etwa kürzlich in folgender Schlagzeile einer großen Zeitung zum Ausdruck kamen: „Der Arbeiter liest nicht mehr.“

Dieser Entwicklung müssen wir entgegen treten. Einen Anfang dazu können wir machen, wenn wir die Gewerkschaftsgeschichte und das kulturelle Erbe der Arbeiterbewegung davor bewahren, in Vergessenheit oder in falsche Hände zu geraten.

Walter Köpping, Essen

„Der Bauer in der Industriegesellschaft“

Dr. *Teichmann* rollte im Aprilheft 1961 dieser Zeitschrift ein Problem auf, das Landwirte und Verbraucher in gleicher Weise betrifft. Mit Recht wird die Erfolglosigkeit aller bisherigen agrarpolitischen Bemühungen der Bundesregierung hervorgehoben, vor allem die den Verbraucher belastende und den wirklich bedürftigen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben wenig helfende Preisstützung der Agrarerzeugnisse. Die Wege, die Dr. *Teichmann* dann zu einer wirklichen Hilfe für die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe aufzeigt, sind theoretisch richtig und würden unter anderen politischen Konstellationen, als sie zur Zeit in der Bundesrepublik herrschen, auch wahrscheinlich zum Erfolg führen. Nur kann man die gegenwärtige agrarpolitische Situation nicht ignorieren, wenn man ein praktisch durchsetzbares Wirtschaftskonzept vorlegen will, und es ist leider nur zu genau voraussehbar, wie der Kreis um den Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, *Rehwinkel*, auf Vorschläge wie die Nutzung auf genossenschaftlicher Basis u. ä. reagieren wird: Mit dem diffamierenden Hinweis auf „Kollektivierung nach östlichem Muster“ und ähnlichen Schlagworten, die zwar jeder Grundlage entbehren, aber bei der üblichen Schwarz-Rot-Malerei in unserem öffentlichen Leben nur zu wirksam sind.

In den Spitzengremien des Deutschen Bauernverbandes sind ja jene Landwirte, um deretwillen allein der „Grüne Plan“ eine gewisse soziale Berechtigung hat, nämlich die Kleinbauern, gar nicht vertreten. Darum hat sich ihre wirtschaftliche Lage in den letzten zehn Jahren — trotz der enormen Belastung des Steuerzahlers durch den „Grünen Etat“ — kaum wesentlich verbessert. Alle bisher vom Deutschen Bauernverband durch massiven politischen Druck bei der Bundesregierung erreichten agrarpolitischen Maßnahmen verbesserten die Lage der Kleinbetriebe nur unzureichend, sie brachten den Groß- und Mittelbetrieben dagegen eine laufende und sehr spürbare Erhöhung ihrer Einkommen. Die nur wenig vergrößerten Einkommen der Kleinbetriebe dienten dann wieder als Alibi für neue Forderungen, die in erster Linie auf Verbesserung der Einkommen durch Einflußnahme auf die Agrarpreise abzielen. Aber jede Beeinflussung der Preise, ob durch die direkten Markteingriffe oder durch versteckte Subventionen, belasten die Verbraucher und die Allgemeinheit und hilft den Kleinbetrieben wenig, während sie den landwirtschaftlichen Großverdienern — auch die gibt es — weitere Gewinnverbesserungen bringt.

Eine wirkliche Verbesserung der Situation der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe wäre unter der gegenwärtigen Wirtschaftskonzeption der Bundesrepublik nur von einer Auf-

Spaltung der „Grünen Front“ zu erwarten, indem die Kleinbetriebe (etwa bis 10 ha Grundbesitz) sich zu einem eigenen Verband zusammenschließen würden. Sie sind zwar zahlenmäßig im Deutschen Bauernverband durchaus in der Überzahl, aber sie kommen nicht zu Wort und ihre Interessen demnach nicht zur Sprache. Ein Ausscheren aus dem Bauernverband und der Zusammenschluß zu einer Art „Gewerkschaft der Kleinbauern“ würde auch die öffentliche Meinung intensivieren, als es bisher der Fall ist, auf die

Agrarsituation lenken. Vielleicht wäre es dann auch einfacher, in der Öffentlichkeit berechnete Anliegen, wie die Finanzierung der Flurbereinigung, Rationalisierungsinvestitionen usw., von lediglich den Verbraucher schädigenden, preistreibenden Maßnahmen zu unterscheiden. Eine Konzentration der Mittel des „Grünen Etats“ auf Maßnahmen der Strukturverbesserung brächte wirksame Hilfe für die Kleinbetriebe auf lange Sicht und einen endlichen Stopp der Preissteigerungen für Agrarprodukte. *Herbert Borreck, Wilhelmshaven*

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

„Würden Sie Eichmann begnadigen?“

Die österreichische Wochenzeitung *Die Furche* (Nr. 18) veröffentlicht eine Reportage, die sehr nachdenklich stimmt. Sie hat mehr als hundert Personen auf der Straße zwei Fragen stellen lassen. Die erste bezog sich auf einen gerade vor einem österreichischen Gericht stehenden Mörder namens Gufler. „Würden Sie Gufler begnadigen?“ lautete die Frage, die von allen mit zwei Ausnahmen mit einem entrüsteten Nein beantwortet wurde. Auf die zweite Frage: „Würden Sie Eichmann begnadigen?“ antworteten hingegen viele bejahend, andere ausweichend. Hier einige charakteristische Antworten: „Also das ist schon eine andere Sache . . . Schließlich hat er seine Befehle gehabt!“ — „Wissen Sie, davon weiß ich zuwenig. Das war doch irgend so eine politische Sache.“ — „Der Eichmann war doch nur ein Angestellter vom Hitler. Der konnte doch gar nicht anders. Und selber hat er ja auch keinen umgebracht. Für das Weitergeben von Befehlen kann man doch keinen bestrafen. . . .“ — „Der Eichmann muß natürlich seine Strafe haben. Aber stellen Sie sich doch vor, was er in diesen fünfzehn Jahren mitgemacht hat. Der hat seine Verbrechen doch schon längst abgebußt. Er ist doch sowieso geächtet. Ist das nicht genug?“

„Vor allem aber“, schreibt *Die Furche* zusammenfassend, „scheint ihnen allen der Fall Gufler und die Frage nach seiner Begnadigung viel, viel wichtiger als Eichmann samt all dem Geschehen, das jetzt anläßlich des Prozesses in Jerusalem noch einmal aufgerollt wird. Fazit: Vergessen ist anscheinend die üblichste und bequemste Art zu ‚bewältigen‘.“

Dieses Fazit, das *Die Furche* zieht, gilt sicher nicht nur für Österreich. Sehr zu beachten ist, was das von Bischof D. Dr. *Hans Lilje* herausgegebene *Sonntagsblatt* (1961, Nr. 17) in einem redaktionellen Aufsatz schreibt:

„Wie lästig es uns auch ist, der Name Eichmann wird noch viele Wochen das große

Thema der Weltmeinung bleiben und im jüngsten Gericht sicher nicht vergessen sein. Wer immer auf der Erde heute Zeitung lesen kann, wird zugleich auf Jerusalem und auf uns, die Deutschen, blicken und daran, wie wir mit diesem Prozeß fertig werden, sein Urteil über uns fällen.

Wie werden wir mit ihm fertig? Bis zur Stunde sind wir nicht gut mit ihm fertig geworden. Es gibt noch Schlimmeres als die Gleichgültigkeit. Der *Norddeutsche Rundfunk* ließ es am Montag einem Berliner Sprecher durchgehen, jetzt, während des Prozesses, gäbe es nur ein Gebot: der Weltöffentlichkeit klarzumachen, daß in der DDR heute dasselbe geschehe, was Eichmann getan hat. Und *Wenzel Jacksch*, sonst maßvoller Sprecher der Sudetendeutschen und Mitglied der SPD-Wahlmannschaft, hat auf den Eichmann-Prozeß mit dem abenteuerlichen Vorschlag reagiert, es solle parallel zu ihm ein internationaler Prozeß über die Verbrechen inszeniert werden, die an den Ostdeutschen verübt wurden.

Zum Glück stellt sich die Partei nicht hinter ihren Mann, aber vielleicht begrüßen mehr Menschen, als wir ahnen, auf der Flucht vor Eichmann solche Ablenkungsmanöver. Sie sehen nicht, daß gerade mit solchen Versuchen Gerechtigkeit und neue Zukunft eher verhindert werden. Denn wir Deutschen können keinerlei Interesse an pauschalen, also verlogenen, Rechnungen und Gegenrechnungen, sondern nur an wahrhaftiger Aufhellung der Vergangenheit und ihrer Täter haben.“

Vorschläge zur Entwicklungshilfe

Die neue Ordnung, eine stets lesenswerte katholische Zeitschrift, bringt in Heft 1/1961 einen Beitrag „Probleme der Entwicklungshilfe“ von Dr. *Bernhard Külp*. Er geht davon aus, daß „der Kampf zwischen der freien Welt und den Kommunismus... in den Entwicklungsländern entschieden werden“ wird. Von den Möglichkeiten, die sich zur Hilfe anbieten, sind diskutabel nur eine staatliche Planwirtschaft und ausländische Kredite. Man mag den staatlichen Zwang einer Planwirt-

schaft aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen, aber hatte nicht „der Merkantilismus, die europäische Form der Planwirtschaft im Entwicklungsstadium ... u. a. auch die Funktion, die Infrastrukturen der Wirtschaft zu schaffen“? „Weil in der Entwicklung der europäischen Staaten oftmals der Ausbau dieser Infrastrukturen der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung nachhinkte, mußten wir zum Teil sehr hohes Lehrgeld zahlen, das vor allem der breiten Schicht der Arbeitnehmer aufgebürdet wurde.“ Külp würde einer ausländischen Entwicklungshilfe vor staatlichen Planwirtschaftssystemen in den Entwicklungsländern selbst den Vorzug geben und schlägt deshalb vor, diese in Form eines verlorenen Zuschusses für Investitionszwecke zu geben: „Um in den Entwicklungsländern insgesamt ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 2 vH zu erzielen, bedarf es nach Schätzung von Sachkennern etwa der jährlichen Kapitalsumme von 10 Mrd. Dollar. Das sind etwa 15 vH der Verteidigungsausgaben der westlichen Welt“; weiter müssen wir uns darum bemühen, in den Entwicklungsländern eine Elite einheimischer Führungskräfte heranzuziehen, und ferner benötigen wir eine allgemein anerkannte soziale Theorie der Entwicklung, wenn wir Fehler in unseren Bemühungen vermeiden wollen.

Einen praktischen Einzelvorschlag zur Entwicklungshilfe macht D. Heinz Kloppenburg in Heft 4/61 der von ihm geleiteten Zeitschrift *Junge Kirche* im Zusammenhang mit der Frage des Ersatzdienstes. Die zur Beschäftigung ersatzdienstpflichtiger Kriegsdienstverweigerer zugelassenen Verbände dürfen jene nur in Heil- und Pflegeanstalten beschäftigen. „Es scheint wichtig zu sein, daß man nicht einfach alle Ersatzdienstpflichtigen in die in ihrer Wichtigkeit nicht bestreitbare Arbeit in den obengenannten Anstalten steckt, sondern daß man versucht, an die Tradition der Verbände, die sich seit Jahrzehnten mit einem Friedensdienst beschäftigen, anzuknüpfen. Verbände wie die Nothelfergemeinschaft der Freunde, die Quäker überhaupt, der Internationale Zivildienst, der Weltfriedensdienst, die Aktion Sühnezeichen haben eine teilweise sehr alte, teilweise auf jüngeren Erfahrungen begründete Bewährung vorzuweisen.“ Die Frage, ob die Staaten Asiens und Afrikas überhaupt bereit sein werden, einen Friedensdienst aufzunehmen, sollte nicht leichtin übergangen werden. „Deshalb bleibt die Frage der Pionierarbeit durch die Freiwilligenorganisationen kirchlichen und nichtkirchlichen Charakters. Es bleibt die Bitte an das Arbeitsministerium bzw. die Bitte an den Bundestag, an dieser Stelle Raum zu geben für einige Erprobungen. Man wird nicht gleich Hunderte nach draußen schicken, aber man wird sorgfältig ausgebildete kleine Gruppen in Verbindung mit der zuständigen Regierung des afrikanischen oder asiatischen Staates einsetzen können. Es ist hoch-

erfreulich, daß die IG Metall bereit zu sein scheint, ihre Lehrwerkstätten für Entwicklungsländer auch für die Vorbereitung junger Ersatzdienstpflichtiger und junger Freiwilliger zur Verfügung zu stellen. Das ist eine große und wichtige Sache, die von allen deutschen Gewerkschaften aufgenommen werden sollte.“

Hinweise

Der französische Gewerkschaftsbund *Force Ouvriere* (Paris 14 e, av. du Maine 198) hat mit der Herausgabe eines Informationsdienstes in deutscher Sprache begonnen. In Nr. 1 schildert R. Bothereau, der Generalsekretär der Force Ouvriere, den Charakter, die nächsten Ziele und den organisatorischen Aufbau dieser unabhängigen Gewerkschaftszentrale, der 34 Industriegewerkschaften angeschlossen sind. Im weiteren ist die Nr. 1 dem algerischen Problem gewidmet.

Eine sehr gründliche Arbeit über die japanische Arbeiterbewegung hat Theodor Jaeckel, in deutscher Sprache der in Tokio erscheinenden Zeitschrift *Monumenta Nipponica* (Band XV, Nr. 3—4) veröffentlicht. Die Zeitschrift kann in Europa durch den Verlag E. J. Brill (Leyden), der rund 75 Seiten starke Sonderdruck auch vom Verfasser (Mainz-Kastel, General-Mudra-Straße 1) bezogen werden.

Die Staatwerdung Zyperns, dessen Unruhen und Probleme jahrelang die Weltöffentlichkeit beschäftigten, ist allzu rasch durch andere spektakuläre Ereignisse in Vergessenheit geraten. Daher ist es zu begrüßen, daß im *Europa-Archiv* (Heft 7) Wendula Weiss in einem Aufsatz die Literatur zur Zypernfrage bespricht und würdigt.

Eine Untersuchung über die gegenwärtige Lage in den Gewerkschaften der Sowjetunion veröffentlicht die Zeitschrift *Osteuropa* (Heft 2) aus der Feder von Boris Lewytskij. Der Verfasser schildert u. a. die Erweiterung der Gewerkschaftskompetenzen auf dem sozialen Sektor (seit 1957) und ihre neuen Aufgaben bei der „kommunistischen Erziehung“ der Werktätigen. Der Prozeß der Veränderung in den Gewerkschaften seit 1957 habe „zur Emanzipation der sowjetischen Gewerkschaftsbürokratie“ geführt, „die inzwischen auf vielen neuen Abschnitten des sowjetischen Lebens mehr Selbständigkeit und vielleicht mehr Entscheidungsfreiheit erhalten hat“. Der Unterschied gegenüber der Epoche Stalins liege vielleicht in der Tatsache, „daß die objektive Entwicklung in der Sowjetunion die Kommunisten zwingt, die Nöte der Arbeiter in ihren Plänen stärker zu berücksichtigen“.

„Der Graben zwischen den beiden Teilen Deutschlands wird immer tiefer“ konstatiert Günter Heinzelmann in einem Aufsatz „Entvölkerung der Zonenrandgebiete“ im *Volkswirt* (Nr. 11): „Seit Jahren hat sich der Be-

völkerungsstand in den Grenzkreisen beiderseits des Eisernen Vorhangs stark vermindert. Wenn diese Entwicklung anhält — und nichts spricht zur Zeit dafür, daß ihr Einhalt geboten wird —, werden auf die Dauer an der Zonengrenze Fakten geschaffen, die nicht nur für unser politisches Bemühen um eine baldige Wiedervereinigung von Bedeutung sind.“ Was die Abwanderung auf die Dauer besonders verhängnisvoll gestaltet, ist der relativ hohe Anteil der jüngeren Menschen, die sowohl den westdeutschen wie den sowjetzonalen Grenzraum verlassen, nicht zuletzt wegen der verminderten Möglichkeit für die berufliche Ausbildung.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich vor kurzem ein neues Arbeitsprogramm gegeben. Dieses ganz auf konkrete Aufgaben ausgerichtete Arbeitsprogramm ist in der *Gewerkschaftlichen Rundschau* (Bern) im Doppelheft März/April 1961 im Wortlaut veröffentlicht. Im gleichen Heft ist das Referat nachzulesen, das *Hermann Leuenberger*, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, zu diesem

neuen Arbeitsprogramm gehalten hat, zu dem er u. a. erklärte:

„Weil die Freiheit unser Lebenselement ist, bekennt sich der Gewerkschaftsbund zur Demokratie. Die Gewerkschaftsbewegung kann ihr Ziel nur in Freiheit erreichen. Freiheit ist notwendig, um Mißstände beim richtigen Namen nennen zu können. Wir brauchen die Freiheit, um unsere Ideen zu verbreiten und gemeinsam zu verfechten. Wir brauchen die Freiheit als Schule der Verantwortung. — Das Programm des Gewerkschaftsbundes ist an kein Dogma und an keine Ideologie gebunden. Wir achten jede politische und religiöse Weltanschauung, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die demokratischen Rechte aller respektiert. — Wir bejahen die Pflicht zur Solidarität. Die Gewerkschaften treten für jeden Arbeitnehmer ein. Jeder Arbeitnehmer sollte sich aber auch seinerseits verpflichtet fühlen, zur Gemeinschaft beizutragen und der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, die seine Rechte vertritt und verteidigt.“ *W. F.*

BUCHBESPRECHUNGEN

TAGUNGSBERICHTE — JAHRBÜCHER BROSCHÜREN

Der Vorstand der IG Metall legt das Protokoll der *1. Bundes-Handwerks-Konferenz der IG Metall* vor, die am 12. und 13. Mai 1960 in München stattfand. Der 300 Seiten starke Band enthält u. a. die Texte folgender Referate: Die Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft (Otto Brenner), Die gewerkschaftliche Arbeit im Handwerk (Karl Deibicht), Das Handwerk in der industriellen Gesellschaft (Prof. Dr. Konrad Mellerowicz).

Der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hat sein *Jahrbuch der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft* im 7. Jahrgang erscheinen lassen (Hammonia-Verlag GmbH Hamburg 1961). Das Jahrbuch vermittelt einen reich dokumentierten Überblick über die gemeinnützige Wohnungswirtschaft (Wohnungsbau) der Bundesrepublik im Jahre 1959/60 und über die Wohnungsbauaufgaben der nächsten Jahre; außerdem enthält der Band ein umfassendes Adressenverzeichnis der auf diesem Gebiet tätigen Organisationen sowie eine Bibliographie der einschlägigen Zeitschriften.

Unter dem Titel „*Das Wirtschaftsjahr 1960*“ hat die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund einen 175 Druckseiten starken Tätigkeitsbericht veröffentlicht.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (Sitz Bonn) legt als Heft 68 seiner Schriftenreihe (Auslieferung W. Bertelsmann

Verlag KG Bielefeld) unter dem Titel „*Berufsausbildung*“ seinen neuesten Bericht aus der einschlägigen Arbeit der Industrie- und Handelskammern vor (Lehrlingszahlen, Prüfungsergebnisse usw.).

„*Wohnungswirtschaft und Marktwirtschaft*“ (Aufgaben der Wohnungsunternehmen) heißt ein Gutachten, das das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München im Auftrage des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (Köln) erstattet hat. Die Schrift, die im Hammonia-Verlag GmbH Hamburg erschienen ist (76 S.), behandelt u. a. folgende Kapitel: Soziale Marktwirtschaft im Wohnungswesen — Wohnungspolitische Aufgaben des Staates in der sozialen Marktwirtschaft — Entwicklungstendenzen des Wohnungsmarktes — Wohnungswirtschaft in den europäischen Ländern.

Unter dem Titel „*Sicherung unserer Lebensordnung*“ veröffentlicht der Deutsche Industrie- und Handelstag seinen Tätigkeitsbericht für 1960/61. Der 220 Seiten umfassende Band behandelt u. a.: Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit — Entwicklungspolitik — Außenwirtschaft — Absatzwirtschaft — Probleme des gewerblichen Mittelstandes und der Wirtschaftskonzentration — Wirtschaftliche Folgen der Spaltung Deutschlands.

Die Hochschule für politische Wissenschaften (München) veröffentlicht mit ihrem „*Literaturverzeichnis der politischen Wissenschaften 1960*“ zum neunten Male diese Bibliographie, in der 1161 Neuerscheinungen aus 428 Verlagen der Bundesrepublik, Mitteldeutschlands, Österreichs und der Schweiz er-

faßt und durch knappe Inhaltsangaben charakterisiert sind (Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag, München 1960, 300 S., 4,50 DM).

Die Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft (Kiel) hat mit der Herausgabe einer neuen Schriftenreihe „Kieler Schrifttumskunden zu Wirtschaft und Gesellschaft“ begonnen; diese von dem inzwischen verstorbenen Professor Dr. Wilhelm Gülich begründete Reihe will durch Bibliographien zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Problemen und zur sozialwissenschaftlichen Länderkunde die reichen Bestände der Kieler Bibliothek weiteren Kreisen erschließen. Der vorgelegte Band 1, den Dipl. sc. pol. Hanna Stobbe zusammengestellt hat, ist dem Thema „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ gewidmet (260 S., 18 DM).

„Ein Dokument der Ausbeutung und Unterdrückung“ heißt eine vom Bundesvorstand des DGB veröffentlichte Broschüre (65 S.), in der — nach einem Vorwort von Willi Richter — das Arbeitsgesetzbuch der Sowjetzone im Text wiedergegeben und kritisch analysiert wird.

Eine vom DGB veröffentlichte Broschüre „Der Weg erkämpfter Erfolge“ (55 S.) will in weiten Kreisen um Verständnis für den Kampf der Gewerkschaften werben. W. F.

HANS A. DE BOER UNTERWEGS IN OST UND WEST

EVZ-Verlag, Zürich 1960. 318 S., 57 Fotos, Leinen 14,80 DM.

Was wissen wir von dem kirchlichen Leben evangelischer oder orthodoxer Gemeinden in den Ostblockstaaten? Wenig, um nicht zu sagen: nichts. Allenfalls berichten unsere Zeitungen über die Teilnahme von Vertretern dieser Kirchen an sogenannten Friedenskongressen. So ist weithin der Eindruck entstanden, als seien zumindest die Repräsentanten dieser Kirchen willentlich oder unwillentlich „fellow travellers“, Wegbereiter des Kommunismus. Wie sollten denn auch, so wird häufig entschuldigend (aber damit zugleich verdächtigend) gefragt, Christen in einem militant-atheistischen Herrschaftssystem existieren, wenn sie nicht „Konzessionen“ machen.

Immerhin sollte es uns nachdenklich stimmen, daß jene Kreise in der evangelischen Kirche Deutschlands Kontakte mit den Ostkirchen pflegen, die in der Nazizeit zu den frühesten und entschiedensten Widersachern der braunen Barbarei gehört haben. Sollten gerade Mitglieder der Bekennenden Kirche blind sein gegenüber den Schattenseiten eines bolschewistischen Systems, sollten gerade sie leichtfertig zu Freunden gesinnungsschwacher Opportunisten geworden sein?

Der Rahmen einer Rezension erlaubt es nicht, solche Fragen ausdiskutieren. Aber es scheint notwendig, darauf hinzuweisen, daß man über die Arbeit der evangelischen Kirchen in den kommunistischen Staaten des Ostens und über die Besuchsreisen westdeutscher Christen erst dann urteilen sollte, wenn man die Gründe und Gegengründe genauer geprüft hat, als es gemeinhin der Fall zu sein pflegt. Die halbe und daher gefährlich falsche Information, wie sie weithin die westdeutsche Publizistik zu diesem Problem kennzeichnet, reicht jedenfalls für eine verantwortungsbewußte Urteilsbildung nicht aus.

Man muß daher einen Reisebericht, wie ihn Hans A. de Boer in seinem Buch „Unterwegs in Ost und West“ vorlegt, dankbar begrüßen. De Boer kommt aus dem Kreis um Niemöller und war lange Zeit in der christlichen Jugendarbeit tätig. Er hat in den letzten Jahren die evangelischen und auch die orthodoxen Kirchen in Polen, Rußland, der Tschechoslowakei und in der DDR besucht. In nüchternen Worten entwirft er ein Bild des kirchlichen Lebens in all seinen Schwierigkeiten, wie sie sich aus der kommunistischen Umwelt ergeben. Dabei zeigt er nicht nur die Problematik in der Existenz der Ostkirchen, sondern vor allem auch die neuen Möglichkeiten, die sich aus dieser Situation für die Kirche ergeben haben. Das ist nämlich das eigentlich Faszinierende dieses Buches: Es zeichnen sich bei der Lektüre, vom Verfasser direkt gar nicht angestrebt, die Umrisse einer neuen Kirche ab. Hier lebt die Kirche wirklich aus dem Glauben und der Hingabe ihrer Mitglieder, denn die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft ist weder gesellschaftliche Selbstverständlichkeit noch gar Voraussetzung sozialen Avancements. Die Kirche im Osten ist allein wieder eine Notwendigkeit aus christlichem Glauben, und sie lebt auch materiell fast ausschließlich von dem Opfer ihrer Glieder. Drei Momente sind es vor allem, die diese Kirchen in ihrem Glaubensleben kennzeichnen; Das Gebot der Nächstenliebe, erweitert zu allgemeiner Menschenliebe, das soziale Gebot der Bergpredigt und ein vorurteilsloses nüchternes Verhältnis zur Obrigkeit.

Die Kirche identifiziert sich nicht mehr mit der Obrigkeit, sie bezieht aber auch keine Frontstellung gegen diese. Jede Obrigkeit wird als solche grundsätzlich anerkannt, gleichgültig, ob sie sich als atheistische bekennt oder nicht.¹⁾ Sie wird allein beurteilt nach ihren jeweiligen Taten. Hier haben alle evangelischen Gemeinden immer wieder Gelegenheit genommen, zu protestieren und zu helfen, um die Auswirkungen staatlicher Übergriffe zu mildern. Solche Worte und Bitten der Kirche an die Machthaber sind aber keine Demonstrationen gegen den Staat, sondern bezwecken allein die

1) Vgl. dazu den Aufsatz „Hat das christliche Verständnis von Obrigkeit auch mit Demokratie zu tun?“ von Prof. D. Martin Fischer (GM 4/1961).

Abstellung konkreter und begrenzter Mißstände und Verstöße gegen die Menschlichkeit. Diese Arbeit der Kirchen war bei weitem nicht immer, aber doch häufiger, als man annehmen sollte, von Erfolg gekrönt.

Grundsätzlich wird auch der militante Atheist nicht als Feind verteufelt, sondern als Bruder angenommen. Man bemüht sich darum, das Wort von der Nächstenliebe ganz ernst zu nehmen. Aus dieser Haltung läßt sich auch die Rolle verstehen, die die Friedensbewegung im kirchlichen Leben in den kommunistischen Ländern spielt. Sie ist keineswegs „aufgesetzt“ oder „gemacht“, sondern zentraler Bestandteil des geistlichen Lebens.

Die selbstkritische Haltung der Ostkirchen gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit ist verbunden mit der Kritik an den überwundenen sozialen Verhältnissen, deren Stützen die Kirchen oft gewesen sind. Eine solche Haltung erleichtert den Kirchen eine Aussöhnung mit den sozialen Ergebnissen der bolschewistischen Umwälzungen.

Man wird de Boer bescheinigen müssen, daß er sich redlich bemüht, die Problematik für die Kirche in einer atheistischen Umwelt nicht zu verniedlichen. Er scheut nicht vor harten Worten der Kritik, besonders an den Verhältnissen in Mitteldeutschland, zurück. Trotzdem wird man ihm nicht in allen Punkten zustimmen können; manches ist zu vorschnell verallgemeinert oder ein einzelner Eindruck wird als typisch wiedergegeben.

Da de Boer seinen Bericht nicht auf das Kirchenleben beschränkt, sondern auf seiner Reise die Augen aufgemacht und jede Gelegenheit zu einem Gespräch benutzt hat, gibt er eine Fülle interessanter Impressionen aus den Ländern, die er auf seiner Reise berührt hat.

Was man vor allem zu diesem Reisebericht kritisch anmerken muß, ist die Tatsache, daß de Boer zu sehr vom Standpunkt der Kirche sieht und schreibt. Das Leben des einzelnen Christen oder der einzelnen christlichen Familie, die ein ernst genommenes Christentum leben soll, gerade diese Problematik bleibt weithin im dunkeln. Aber in diesem christlichen Alltagsleben liegt die eigentliche Bewährung, auch Tragik christlichen Schicksals in einer atheistischen Umwelt.

Die — manchmal sogar etwas zu lang geratenen — Einschübe eigener Reflexionen de Boers vermitteln dafür einen guten Einblick in das Denken eines Teiles, und zwar eines sehr lebendigen Teiles der evangelischen Kirche Deutschlands. Man sollte von dieser Art, die Welt zu sehen, auch und gerade wenn man ihr in ihren Ergebnissen nicht immer zu folgen vermag, Notiz nehmen. Das Buch von de Boer ist eine gute und instruktive Gelegenheit dazu.

Hartmut Zimmermann

WOLFGANG WAGNER

DIE TEILUNG EUROPAS

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959. 243 S., Ln. 12,80 DM.

Das Buch sei, sagt die Einleitung, entstanden aus längeren Studien, in denen sich die Überzeugung gefestigt habe, daß bisher die Natur und Herkunft des Ost-West-Konflikts verkannt, die Bedeutung der großen Kriegskonferenzen (Teheran, Jalta, Potsdam) überschätzt und die Spaltung Deutschlands aus zu engem Blickwinkel betrachtet wurde. Der Verfasser will demgegenüber für die ganze behandelte Zeitspanne eine durchgehend expansive Politik der „Sowjets“ entdecken und nachweisen und damit die politische und militärische Geschichte dieser Zeit durchsichtiger machen. (Der Ausdruck „Die Sowjets“ als Bezeichnung der Sowjetunion, der dort herrschenden Schicht oder Partei oder Regierung und so weiter ist im Dritten Reich aufgenommen; man hat ihm offenbar einen verächtlichen, feindseligen Klang beigemessen. In ein historisches Buch gehört er nicht; schon weil er zu unbestimmt ist.)

Für die Zeit bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges ist die Darstellung viel zu fragmentarisch und, wie es scheint, nur geschrieben, um die Thesen, die der Verfasser aus dem genaueren Studium der späteren Zeit sich gebildet hat, auch für die frühere zu belegen. Nur oberflächlich berührt er die alliierten Interventionen gegen die Sowjetunion 1918 bis 1920 und die Zeit von 1933 bis München, in der England und Frankreich mit allen Mitteln und Konzessionen sich mit dem kriminellen Regime Hitlers gegen die Sowjetunion zu verständigen suchten. Eine genauere Analyse dieser Perioden hatte den Verfasser auf die Spur des Alpdrucks der Isolierung und des Sicherheitsbedürfnisses gebracht, das schließlich durch den Hitlerischen Angriff gerechtfertigt wurde. Die Politik der Sowjetunion ist ohne diese eher defensiven Elemente nicht zu verstehen, wie übrigens die Mehrzahl der Sachkundigen längst erkannt hat.

Aufschlußreich und verdienstlich ist dagegen die Behandlung der zweiten Periode. Hier gibt Wagner eine ziemlich geschlossene, mit Fakten und Dokumenten wohlversehene Darstellung, die seine These in manchem stützt. Störend wirkt, daß die Tendenz, eine allgemeine These zu stützen, oft zu deutlich wird, wobei dann der Autor in einen unklaren und moralisierenden Stil verfällt; so etwa auf Seite 73, wo er das Verhalten Englands und Amerikas gegenüber der sowjetrussischen Politik bis 1945 mit folgender Zusammenfassung charakterisiert: „So erlagen die beiden westlichen Großmächte der bewußten Täuschung, daß die Sowjetunion ein Staat wie alle anderen geworden sei.“ Man fragt sich, welchen

Sinn das Wort „bewußt“ hier hat; ich fürchte, es hat gar keinen.

Aber ich wiederhole, daß die Einzeldarstellung, wie zum Beispiel der Vorgänge, die zu den Umstürzen, und zur Einverleibung in den Satellitenkreis, von Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn usw. geführt haben, gut und wertvoll ist. Interessant ist, was Wagner zu der Aufteilung des Balkans zu sagen weiß, die zwischen Churchill und Stalin im Oktober 1944 nach strategischen Interessensphären und in Prozentsätzen vereinbart wurde. Besonders eindrucksvoll ist die Geschichte der Vorgänge in Ungarn: wie die demokratische Tarnung des Anfangs immer mehr aufgegeben wurde, als sich ergab, daß wirklich freie Wahlen allenthalben ein vernichtendes Ergebnis für die KP hatten. So hatte sich bei den, der allgemeinen Wahl in Ungarn vorausgehenden, Gemeinderatswahlen in Budapest im Sommer 1945 eine absolute Mehrheit der Kleinlandwirte-Partei ergeben — in einer Großstadt!

Auf diese Weise gerieten die russischen Machthaber in Ost- und Südeuropa immer mehr auf den Weg der je nach den Umständen mehr oder weniger getarnten Gewalt, auf dem sie sich bis heute befinden.

Dr. Richard Schmid

VANCE PACKARD

DIE GROSSE VERSCHWENDUNG

Aus dem Amerikanischen übertragen von W. Schwerdtfeger. Econ Verlag, Düsseldorf 1961. 384 S., Ln. 19,80 D-Mark.

Packard hat an Hand zahlreicher charakteristischer Beispiele aus den USA sehr anschaulich dargestellt, in welche verhängnisvolle Bahnen die auf kapitalistisches Privateigentum und somit individuelles Profitstreben begründete Wirtschaftsweise bei stetig fortschreitender Technisierung führen muß. Aus der Fülle seiner Beispiele von ungeheurer Materialverschwendung, sinnlosen „Modernisierungen“, skrupellosen Werbemethoden usw. seien hier, nur einige wenige genannt.

„Aber sollen wir wirklich in Jubelrufe ausbrechen, wenn General Electric einen Toaster mit neun Drucktasten herausbringt, mit deren Hilfe man eine Scheibe Toast nach Belieben in einer von neun verschiedenen Tönungen rösten kann?“

„Die amerikanischen Farmer schütten Rekordanlagen von Kunstdünger auf einen Boden, der eigentlich brachliegen sollte. Milliarden Scheffel der erzielten Ernten wandern in von der Regierung gebaute Silos, die wiederum Milliarden von Dollars kosten . . .“

„Häufig bestand das sogenannte neue Erzeugnis (Waschmittel) einfach in einer neuen Art der Verpackung.“

„Die Optical Wholesaler National Association begann für den Gedanken zu werben, daß jeder Brillenträger mehr als eine einzige

Brille brauche. Ein Sprecher erläuterte triumphierend: Heute gibt es schon eine Menge Frauen, die sich zu jedem neuen Mantel oder Kleid eine passende Brille kaufen. Auch elegante Männer besitzen mehrere Brillen.“

„Die Plumbing Fixture Manufacturers Association begann für das ‚privatzone‘ Heim zu werben. Das bedeutet, daß jedes Familienmitglied sein eigenes Privat-WC hat.“

Über die sich mehr und mehr einbürgernde Methode des Kaufens in Behältern, die nach Gebrauch wegzuwerfen sind, heißt es: „In manchen Fällen kostete die Verpackung zehnmal soviel wie das Erzeugnis darin. Salz in kleinen Behältern, die man wegwirft, kostet siebzehnmals soviel wie Salz, das man pfundweise kauft.“ Natürlich werden auch die Praktiken der Automobilfabriken einer genaueren Untersuchung unterzogen. Schlechte Qualitäten schufen ein Paradies für die Handwerker, die horrenden Preise für ihre Dienstleistungen fordern können.

Packard meint, daß man alles dies auch bei prinzipiellem Festhalten an der kapitalistischen Wirtschaftsweise beheben könne. Er appelliert vornehmlich an einen Gesinnungswandel der Menschen. Sie sollen zu einem einfacheren Lebensstil zurückkehren und zu einer höheren Wertschätzung kultureller Genüsse gegenüber materiellen Erzeugnissen werden; bei den materiellen Gütern sollen sie schlechte Qualitäten und schnellen Verschleiß ablehnen. Man solle wieder Gütezeichen einführen wie zur Zeit des *New Deal*. Packard mißt den Verbraucherorganisationen eine große Bedeutung zu, deren bisherige Tätigkeit in den USA er schildert. Er setzt sich auch für die Funktion eines besonderen Hauswirtschaftsministers ein, und er ist dafür, daß der öffentliche Verbrauch (mehr und bessere Schulgebäude, Krankenhäuser, Grünanlagen, Luftsäuberung, Hilfe für Entwicklungsgebiete usw.) gegenüber dem privaten Verbrauch wesentlich gesteigert wird. Höhere Steuerlasten seien für einen großen Teil der amerikanischen Bürger durchaus tragbar. Eine vermehrte Tätigkeit der öffentlichen Hand brauche keineswegs die persönliche Freiheit einzuschränken, wofür die skandinavischen Länder als Beispiel angeführt werden. Mit *Galbraith*, den er öfter zitiert, sieht Packard die Hauptaufgabe unserer Zeit für die entwickelten Länder darin: Lernt im Überfluß zu leben, ohne geistig zu verarmen!

Ein Kapitel ist der Frage eines Gleichgewichtes zwischen Rohstoffquellen und Bevölkerungsvermehrung gewidmet. Auch wenn im Laufe der Zeit noch so viele Quellen künstlich erschlossen würden, sei eine Geburtenbeschränkung notwendig.

Das Buch ist gut gegliedert, zum Teil humorvoll geschrieben und sollte auch den Lesern in der Bundesrepublik eine Warnung sein.

Irmgard Enderle

GERHARD B R Y

WAGES IN GERMANY 1871—1945

National Bureau of Economic Research, New York, Princeton University Press, Princeton 1960. XIII und 486 S., 10 Dollar.

Brys Ziel ist, die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Löhne und das Verhalten der Löhne in Krisen zu untersuchen. Er hat dafür den Zeitraum des Aufstiegs und Falls des Deutschen Reiches gewählt. Die Zeit des Aufstiegs ist gleichzeitig die Periode deutscher Industrialisierung, die Zeit des Verfalls eine Periode ungewöhnlicher Mannigfaltigkeit: Erster Weltkrieg, Inflation, Regierungseinwirkung durch Zwangsschlichtung, Lohnsenkung durch Verordnung unter *Brüning* und schließlich die Löhne unter der Diktatur, mit Aufrüstung und Krieg.

Brys Studie ist nicht historisch sondern nach Themen geordnet. Er befaßt sich mit der Bewegung der Lohnrate, der Lohnneinkommen und der Reallöhne, der Lohnstruktur und den Löhnen in Konjunkturschwankungen. Nur in einem Spezialkapitel über den ersten Weltkrieg, die Inflation der zwanziger Jahre und die Diktatur sind die obigen Themen der Geschichte der Löhne untergeordnet. Zum Schluß vergleicht Bry die Entwicklung der deutschen Löhne mit der in England und den Vereinigten Staaten. Die Stundenlöhne in England und Deutschland haben sich während der Berichtszeit verdreifacht und in den Vereinigten Staaten versechsfacht, die Reallöhne haben sich in den beiden europäischen Ländern verdoppelt und in den Staaten verfünffacht. In allen drei Ländern hat sich die Differenz zwischen den Löhnen der hochbezahlten Arbeiter und den anderen Gruppen verengt, d. h. die Zuschläge für hochgelernte Arbeit, Großstädte und gewisse Industrien haben sich wie die Minderbezahlung der Frauen verringert. Die Lohnrate in Deutschland sank nur zweimal erheblich: Während der Krise, die den Gründerjahren Anfang der 70er Jahre folgte, und während der großen Krise 1929 bis 1932. Die Inflation bleibt dabei natürlich außer Betracht. In anderen Krisen vor 1914 hat sich nur die Rate der Lohnerhöhungen verlangsamt. Die Auf- und Abwärtsbewegung der Geldlöhne hinkt in allen drei Ländern dem Abstieg und Anstieg der Krise nach.

Bry hat einen wertvollen Beitrag zu unserem Verständnis von Lohnbewegungen geliefert. Sein Buch enthält eine Tabelle der deutschen Konjunkturbewegungen im angegebenen Zeitraum und 150 Seiten deutscher Lohnstatistiken, was weitere Forschungen sehr erleichtert. Die Entwicklung der Gewerkschaften, des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung, Frauenarbeit, Lehrlingsausbildung wird auch kurz dargestellt. Es zeigt sich bei dem Buch die große Sorgfalt, die in Amerika solchen Detailstudien, ohne Rücksicht auf die Kosten, gewidmet wird.

Das Material des Buches regt auch zu soziologischer Forschung besonders über die Wirksamkeit der Gewerkschaften an. Es hat sich zum Beispiel der Anstieg der deutschen Reallöhne von 1900 bis 1914 verflacht, besonders durch die Erhöhung der Konsumgüterpreise und die Verkürzung der Arbeitszeit. Bry untersucht die folgende Frage nicht, da sie ja nicht zu seinem Arbeitsgebiet gehört, die aber den Gewerkschafter interessieren wird: In der Periode, in der die Reallöhne nicht mehr stiegen, sind die Gewerkschaften stark gewachsen und haben sich konsolidiert und das Tarifvertragswesen entwickelt. Was sie dabei im wesentlichen erreicht haben, ist die Verkürzung der Arbeitszeit, die jungen und weniger erfahrenen Gewerkschaften eine leichtere Aufgabe bietet als die komplizierten Kämpfe für die Erhöhung der Reallöhne. Sie ist sicher eine nicht weniger wichtige Aufgabe, denn gerade in der Zeit von 1900 bis 1914, in der die Arbeitszeit erheblich verkürzt wurde, hat sie die Selbstachtung und Selbsterziehung der Arbeiter stark entwickelt und erweitert und sind die Arbeiter zu einem wichtigen Element im deutschen öffentlichen Leben geworden.

Hedwig Wachenheim

RUDOLF ECKL

DIE PROBLEME DER
GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN
DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND NACH DEM
ZWEITEN WELTKRIEG

Dissertation der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Fotodruck: Mikrokopie G.m.b.H., München 2, Weinstraße 4.

Diese Doktorarbeit beginnt mit dem Verspruch: „Die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hierdurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.“ Das ist eine vielsagende Präambel.

Der Verfasser versucht in seiner Arbeit nachzuweisen, daß der DGB als Einheitsgewerkschaft versagt habe. Mitgliederschwund und „Gewerkschaftsmüdigkeit“ seien das Ergebnis dieses Versagens. Den zahlenmäßigen Beleg für diese Behauptung bleibt Eckl allerdings schuldig. Dafür jongliert er lieber mit Ziffern, in denen er den Mitgliederbestand des 1959 gegründeten CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands) mit rund „200 000“ dem Organisationsbestand des DGB vom 30. 9. 1956 (!) mit 6 124 547 gegenüberstellt.

„Verzage nicht, du Häuflein klein“, möchte man mit Luther sagen, obwohl es sich in diesem Falle hauptsächlich um katholische Christen handelt. Rudolf Eckl läßt auch nicht locker. Er weist haarscharf nach, daß die inner-

gewerkschaftliche Demokratie des DGB hart angeschlagen ist, weil die in ihm angeblich mit 30 vH vertretenen christlichen Arbeitnehmer es nicht schaffen können, daß der DGB sich eindeutig in die von der parlamentarischen CDU/CSU-Mehrheit gewollte und praktizierte Politik der „sozialen Marktwirtschaft“, der atomaren Bewaffnung, des kalten Krieges usw. einspannen läßt, womit er dann seine programmatischen und in demokratischer Weise diskutierten und beschlossenen Grundsätze verleugnen müßte. Dafür verlangt Eckl, daß eine Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik auf alle „sozialideologischen Ziele verzichten“ soll, wobei er seine eigenen selbstverständlich ausklammert.

Es ist das alte Lied. Man ruft so lange nach Toleranz, bis man soweit ist, um sie skrupellos über Bord werfen zu können. Der Einheitswille der deutschen Gewerkschaftsmitglieder aller Richtungen in der Zeit des Nazi-regimes richtete sich nicht nur gegen die NSDAP, sondern viel mehr noch gegen das, was die NSDAP und ihren Terror verursacht und möglich gemacht hat. Und das ist es, was dem DGB als Einheitsgewerkschaft auch heute noch festen Bestand gibt und bewahrt.

Hermann Lücke

M. RAINER LEPSIUS

STRUKTUREN UND WANDLUNGEN IM INDUSTRIEBETRIEB

Industriesoziologische Forschung in Deutschland. Herausgegeben vom Rationalisierungskuratorium (RKW) der Deutschen Wirtschaft. Carl Hanser Verlag, München 1960. 77 S., kart. 8,50 DM.

Ohne Kenntnis der soziologischen Veränderungen ist heute keine Art von Politik mehr sinnvoll zu leisten — weder „globale“ Welt- oder Gesellschaftspolitik noch partielle Wirtschafts- oder Gewerkschaftspolitik. Die Menschen sind eben — entgegen einem weitverbreiteten Irrtum — niemals „dieselben“ geblieben, und schon gar nicht hierzulande in den letzten fünfzig Jahren. Die Soziologie versucht diese Veränderungen zu entdecken und zu formulieren, und dabei ist die „Industriesoziologie - diejenige spezielle Soziologie, die die Gesellschaft unter dem Aspekt des Industrialisierungsprozesses untersucht“ (S. 8). Sie bietet zwar „keine Allheilmittel für die Lösung sozialer Konflikte im Betrieb oder in der Gesellschaft“, sie ist „weder eine Heilslehre . . . noch ein sozialpolitisches Programm. Sie zielt auf Erkenntnisse über soziale Prozesse, nicht auf die Durchsetzung einer Ordnungsvorstellung . . . Der Unterschied zwischen Industriesoziologie und jeder Form von Sozialpolitik darf also nicht übersehen werden“. (S. 12.)

Das RKW wollte mit der in seinem Auftrag erarbeiteten Veröffentlichung keine neue oder gar eigene Industriesoziologie begründen

— die lebenden Soziologen und solche, die sich dafür halten, sind sich untereinander ohnehin nicht sonderlich hold —, sondern es wollte einen Überblick bieten und den Leser mit dem in den letzten Jahren in Büchern und Zeitschriften verstreuten wichtigsten industriesoziologischen Material bekannt machen. (Das Register enthält fast 70 Titel deutschsprachiger Veröffentlichungen und Untersuchungen, insbesondere aus den Jahren nach 1945.)

Der Verfasser hat in sieben Kapiteln diese Übersicht zu vermitteln versucht: 1. Die Industriesoziologie und ihre Aufgaben; 2. Die Industriearbeit (Soziale Formen, Kooperation, Büroarbeit, Wirkungen der Rationalisierung); 3. Die informellen sozialen Beziehungen und Gebilde; 4. Die Stellung des Vorgesetzten; 5. Die Einstellung zum Betrieb („Betriebsklima“, Arbeits- und Lohnzufriedenheit, Aufstiegschancen); 6. Mitbestimmung und Information; 7. Arbeiter und Angestellte.

Unbestreitbar ist es ein Vorzug, in einem kleinen Heftchen das Ergebnis-Einmaleins industriesoziologischen Bemühens zu finden. Das Büchlein ist, wie alles in der Soziologie (angefangen von den Honoraren für Untersuchungen bis zu den Veröffentlichungen), zwar recht teuer, wird aber manchem Leser seinen Preis wert sein. Nicht nur, weil die dickeren Werke noch teurer sind, sondern auch, weil der Umfang und die überwiegend lobenswert verständliche Sprache und klare Gliederung den Zugang zu den industriesoziologischen Erkenntnissen nicht erschweren. Vielleicht regt es manchen sogar zum Studium eines der beschriebenen oder erwähnten Standardwerke an, die allerdings selten derartige Vorzüge aufzuweisen haben. Noch besser freilich wäre, wenn das Büchlein den Kreis jener erweiterte, die nach konkreten Schlußfolgerungen aus den zwar nicht vollständigen, aber immerhin aufschlußreichen industriesoziologischen Untersuchungsergebnissen verlangen. *Alfred Horné*

LISA TETZNER-KLÄBER

DAS WAR KURT HELD

Verlag Sauerländer, Aarau und Frankfurt a. M. 1961. 120 S., brosch. 3 DM.

Es ist ein typisches Schicksal der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, daß ein Schriftsteller aus inneren und äußeren Gründen gezwungen wird, nicht nur unter einem anderen Namen zu publizieren, sondern auch sein Schaffensgebiet zu wechseln. So war *Kurt Kläber* (Jahrgang 1897) vor 1933 als Lyriker und Erzähler einer der begabtesten revolutionären Arbeiterdichter, aber zwischen 1945 und 1950 verwandelte er sich (nach langem Schweigen) in einen der erfolgreichsten und interessantesten Jugendschriftsteller, der mit den Romanen „Die rote Zora“, „Der Trommler von Faido“ und „Giuseppe und Maria“ einen ganz

neuen Typus von Jugendliteratur schuf. Da er, wie so viele Emigranten, in der Schweiz Publikationsverbot hatte, veröffentlichte Kläber diese Bücher unter dem Pseudonym *Kurt Held*, und als er am 13. Dezember 1959 starb, kannten Hunderttausende den Jugendschriftsteller Kurt Held, aber nicht den Autor der Erzählungen „Barrikaden an der Ruhr“ (1925), des Romans „Passagiere der III. Klasse“ (1927) und des Gedichtbandes „Neue Saat“ (1919). So trägt auch das schlichte Erinnerungsbuch, das Kläbers Lebensgefährtin *Lisa Tetzner* jetzt veröffentlicht hat, auf dem Titelblatt den Namen Kurt Held, und es spricht viel mehr von seinem Schrifttum für die Jugend und von seinen Beziehungen zu Jugendlichen als von seiner bedeutenden dichterischen Leistung der Weimarer Zeit, die — so hoffen wir — eines Tages die entsprechende Würdigung in einem eigenen Werk über Kurt Kläber oder im Rahmen einer kritischen Geschichte der deutschen Arbeiterdichtung finden wird. Inzwischen nehmen wir mit Dankbarkeit dieses kleine Buch entgegen, aus dem uns — auch in einigen vorzüglichen Fotos — der ungemäin lebenswerte Mensch Kläber-Held so echt und lebendig entgegentritt, wie wir, die wir ihn gekannt und geliebt haben, ihn für immer in unserer Erinnerung bewahren werden. *W. F.*

PHILIP NOEL - BAKER

WETTLAUF DER WAFFEN

Herausgegeben vom Kindler-Verlag, München 1961, in Zusammenarbeit mit der Forschungsgesellschaft für Friedenswissenschaft, Genf/München. 744 S., Ln. 22,— DM.

Dieses bereits in England unter dem Titel „The armed race“ erschienene Buch wurde mit dem Albert-Schweitzer-Buchpreis 1961 ausgezeichnet. Damit wurde auch in Deutschland der um den Frieden und um die Abrüstung gleichermaßen hochverdiente Autor geehrt. In einem Vorwort zu diesem bedeutenden Werk der internationalen Friedensliteratur rühmt *Robert Jungk* dem Verfasser den Mut zum unvoreingenommenen Betrachten und Überprüfen der Tatsachen nach. Der Leser findet dieses Urteil bestätigt, wenn er sich an das umfassende Studium der Erfahrungen Noel-Bakers aus der Zeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg und aus der Nachkriegszeit macht. In beiden Perioden der Zeitgeschichte hat Noel-Baker an hervorragender Stelle an den Abrüstungsverhandlungen teilgenommen. Die Mißerfolge dieser Verhandlungen in der Völkerbundszeit führt der Friedensnobelpreisträger auf die bewußt aufgetürmten Hindernisse internationaler Rüstungsinteressen zurück. Er warnt die Staaten vor der Gefahr, daß sich diese Mißerfolge im Atomzeitalter wiederholen. Die Folgen wären nicht abzusehen. Deshalb beschwört der sozialistische Politiker jene „Romantiker, die immer

noch glauben, daß Rüstung eine Nation sichern kann“, zum realistischen Umdenken.

Noel-Baker, der sich nicht allein auf die Wiedergabe persönlicher Beobachtungen und Eindrücke beschränkt, sondern auch konstruktive Gedanken über eine allgemeine Abrüstung entwirft, hält nichts von Teilabrüstung, noch weniger von Begriffen wie „begrenzter Krieg“, „saubere Bombe“ und „Luftschutz“. Immer wieder kommt er auf seine Hauptanliegen zurück, die Welt vor den unvorstellbaren Folgen eines Atomkrieges zu bewahren. Der Labourführer ist selbstkritisch genug, um das bisherige Versagen der Westmächte in der Abrüstungsfrage zuzugeben, wie er umgekehrt auch die vielfach inkonsequente und undurchsichtige Taktik des russischen Partners einer Kritik unterzieht. Recht aufschlußreich ist die Darstellung über die Kehrtwendung der USA bei den Abrüstungsverhandlungen 1955, bei denen die Russen weitgehende Konzessionen machten, worauf die amerikanische Delegation auf Weisung von Washington ihre eigenen Vorschläge preisgab. Dennoch bleibt Noel-Baker optimistisch; er schreibt: „Eine allgemeine und einschneidende Abrüstung unter wirksamer internationaler Inspektion und Kontrolle liegt heute im Bereich der Möglichkeiten der Staatsmänner, sofern die feierlichen Versicherungen der Regierungen wirklich ernsthaft gemeint sind und die Reden der Regierungsvertreter nicht nur eine leere Propaganda darstellen.“

Mit kluger Einfühlung in die schwierige Materie und mit großer Sorgfalt besorgten *Elisabeth Rotten* und *Werner von Grünau* die Übersetzung. *Wolfgang Bartels*

KURT NEMITZ

SOZIALISTISCHE MARKTWIRTSCHAFT

Die wirtschaftsordnungspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1960. 248 S., Ln. 15,— DM.

An den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie, so wie sie im *Godesberger Programm* ihren Niederschlag fanden, wird häufig kritisiert, daß ihnen im Gegensatz zu früher die Geschlossenheit und die Ausrichtung an Grundsätzen fehle; vielmehr handle es sich bei ihnen um die Ergebnisse tages- und wahlpolitischer Überlegungen, die zum Teil auch noch zusammenhanglos nebeneinander ständen. Wer so denkt, mißverstet die zweifellos bei der heutigen Sozialdemokratie vorhandene Bereitschaft zum Pragmatismus. Es ist das Verdienst des Verfassers, in seinem Buch zu zeigen, daß die modernen sozialdemokratischen Vorstellungen über eine erstrebenswerte Wirtschaftsordnung, die er nach dem von Prof. *Alfred Weber* eingeführten Begriff als „sozialistische Marktwirtschaft“ be-

zeichnet, in sich geschlossen und folgerichtig sind. Sie sind das Ergebnis von über ein Jahrhundert währenden wirtschaftspolitischen und -theoretischen Diskussionen, und in ihnen haben die wirtschaftspolitischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft, insbesondere natürlich der Nationalökonomie, Aufnahme gefunden. Das kann nicht die Preisgabe oder Abänderung der humanitären Ziele des Sozialismus sein: „Die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen und die Beseitigung der Ausbeutung sowie alter und neuer Abhängigkeiten, seien sie wirtschaftlicher oder anderer Natur“, so schreibt Dr. Nemitz mit Recht, „sind und bleiben die eigentlichen Ziele der sozialistischen Bewegung. Geändert und angepaßt an die neue historische Situation haben sich lediglich die Ansichten über den Weg und die Ordnungsmittel.“

Nemitz versucht mit Erfolg, die wirtschaftspolitische Konzeption der deutschen Sozialdemokratie zusammenfassend darzustellen. Ihm geht es im wesentlichen darum, „aus der wirtschaftspolitischen Programmatik und den zahlreichen Einzelstellungen den ordnungspolitischen Kern der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik herauszuschälen und den Lenkungsmechanismus und die Struktur der sozialistischen Marktwirtschaft einer Analyse zu unterziehen“.

Eingeleitet wird die Arbeit mit einem geschichtlichen Abriss über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Sozialdemokratie. Der Hauptteil des Buches, der sich auf die Dissertation des Verfassers stützt, ist eine Darstellung der Ordnungsprinzipien einer sozialistischen Marktwirtschaft. Nach dem Prinzip der universellen Orientierung soll die sozialistische Wirtschaftspolitik an der Gesamtheit aller gesellschaftlichen Aufgaben orientiert sein. Die sozialistische Marktwirtschaft baut auf einer gemischten Wirtschaftsordnung mit Privat- und Gemeinwirtschaft und einer Vielfalt von Unternehmenstypen auf (Prinzip des sozialen Pluralismus), und in ihr treten bei grundsätzlicher Dominanz des Rahmenplanes (Nationalbudget) Planungselemente nur insoweit in Erscheinung, als der Wettbewerb seine Aufgaben nicht erfüllt (Prinzip der Minimalplanung). Das Prinzip des qualifizierten Eigentums verpflichtet das Privateigentum zu sozialem Gebrauch; Mißbrauch wird durch gesellschaftliche Kontrolle unterbunden, wozu als *ein* Mittel die Überführung in Gemeineigentum zählt. Schließlich wird das Verteilungsproblem in der sozialistischen Marktwirtschaft unter Vorrang ständiger Bemühungen zur Aufbesserung der Lebenslage der wirtschaftlich schwächsten Schichten gelöst (Prinzip der ausgleichenden Verteilung).

Das Buch ist ein sehr beachtenswerter Beitrag zur wirtschaftspolitischen Klärung und Selbstverständigung innerhalb der Sozial-

demokratie. Es bringt im Anhang, abgesehen von einem Literaturverzeichnis und Personen- und Sachregister, interessante Auszüge aus 14 sozialdemokratischen Wirtschaftsprogrammen vom Kommunistischen Manifest bis zum Godesberger Programm. *Gunter Fehl*

5000 SOWJETKÖPFE

Gliederung und Gesicht eines Führungskollektivs. Herausgegeben von Hans Koch unter Mitwirkung von Otto Bloß und Günter Schäfer. Deutsche Industrieverlags-GmbH. Köln 1959. 862 S., Plastik 25,50 DM.

Immer hat es für die Beschäftigung mit der politischen Entwicklung in der Sowjetunion an einem umfangreichen und zuverlässigen biographischen Nachschlagewerk gefehlt, welches (analog den verschiedenen „Wer ist wer?“ für die bedeutenden westlichen Staaten) Auskunft über die hervorragendsten Persönlichkeiten im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich gegeben hätte.

Bereits 1957 hatte Prof. Hans Koch, der inzwischen verstorbene Leiter des Osteuropa-Instituts (München), in dem von ihm herausgegebenen, allerdings in vieler Hinsicht unbefriedigenden „Sowjetbuch“ einen ersten Versuch zur Zusammenstellung von Biographien gemacht. Ein Jahr später legte dann das vor allem von Emigranten getragene „Institut zur Erforschung der UdSSR“ in München einen Band mit 2000 Lebensläufen vor („Biographic Directory of the USSR“, New York 1958). Damit waren Vorarbeiten geleistet, auf denen die jeweiligen Institute weiter aufbauen konnten.

Mit den „5000 Sowjetköpfen“ hat Koch das bisher umfangreichste biographische Nachschlagewerk vorgelegt. Sachlichkeit und Präzision in den Daten, Korrektheit in der Umschrift der russischen Namen zeichnen es aus. Gerade für den politisch Interessierten ist dieses Werk zu empfehlen, da vor allem Vertreter aus dem politischen Bereich berücksichtigt wurden, während Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben etwas zu kurz gekommen sind. Hier hat der erwähnte Biographic Directory manche wichtige Ergänzung zu bieten.

Von besonderem Wert ist der systematische Teil des Bandes, der auf knapp 150 Seiten die personelle Besetzung nicht nur der wichtigsten Partei- und Regierungsfunktionen nennt, sondern das gleiche auch für die Massenorganisationen, die Streitkräfte, den Diplomatischen Dienst, wissenschaftliche Institutionen, kulturelle Organisationen, Presse und Funk, ja sogar für die Kirchen- und Religionsgemeinschaften angibt.

Da personelle Umbesetzungen insbesondere der politischen Funktionen in der Sowjetunion

an der Tagesordnung waren und sind, wäre es außerordentlich zu begrüßen, wenn man versuchen würde, zumindest für die leitenden zentralen Gremien diese besondere Art der „Mobilität“ auch für die zurückliegende Zeit namentlich zu fixieren. Die großen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens, die in den ständigen Umstrukturierungen des Organisations- und Staatsapparates sowie in der Materialbeschaffung über die personelle Besetzung liegen, sollen dabei nicht verkannt werden. Immerhin sind bereits einige Ansätze zu einer solchen historischen Erweiterung des systematischen Teils in dem Abschnitt über die Staatsorgane zu finden.

Darüber hinaus ist natürlich jede weitere inhaltliche und zahlenmäßige Vervollständigung des Biographenteils zu begrüßen.

Hartmut Zimmermann

BOMBACH/GABRIEL

LÖHNE UND PREISE

Lebendige Wirtschaft, Band 18. Verlag Leske, Darmstadt 1957. 248 Seiten, Leinen 14,80 DM.

Löhne und Preise sind ohne Frage jene volkswirtschaftlichen Kategorien, die sich des größten allgemeinen Interesses erfreuen, weniger, weil die Beschäftigung mit ihnen besonders unterhaltsam und erfreulich wäre, als vielmehr, weil von ihnen Wohl und Wehe des einzelnen abhängt. Die Diskussion um diese Kategorien reißt nicht ab und wird nicht abreißen. Zu sehr prallen hier Interessen aufeinander. Die Suche nach den „gerechten“ oder „wirtschaftlichen“ Ausmaßen dieser Größen, möge man sie nun innerhalb oder außerhalb der Wirtschaft vermuten, ist eindeutig noch nicht von Erfolg gekrönt worden. Fundierte Auslassungen sind in der Zeitschriften- und Bücherliteratur verstreut. Hier eine Sammlung guter Beiträge, die die verschiedenen Gesichtspunkte vertreten, zusammengestellt zu haben, ist das Verdienst der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft.

Es kann hier nicht auf die einzelnen Aufsätze eingegangen werden, doch seien einige Namen und Themen genannt, um einen Eindruck von der Vielfalt des Gebotenen zu vermitteln. Prof. *Bombach*, Basel, betrachtet Preise und Löhne im Lichte der modernen Theorie, Prof. *Gabriel*, Kiel, handelt die Beziehung zwischen Lohn und Arbeitsproduktivität und die Indexlöhne ab. Besonders interessant sind zwei Beiträge zum Problem aus der Sicht der Arbeitgeber (Dr. *Spiegelhalter*) und der Arbeitnehmer (*Rudolf Henschel*). Man findet ferner gute Aufsätze über Fragen der statistischen Erhebung und des wirtschaftlichen Wachstums. Alles in allem eine Sammlung, die ausgezeichnet einen Überblick zu vermitteln versteht.

W.D.

GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiter-Bundes wählte als Nachfolger des zurückgetretenen Präsidenten Harry Douglas einstimmig *Otto Brenner*, den Vorsitzenden der IG Metall, zum Präsidenten; Generalsekretär des IMB ist Adolphe Graedel, Zentralsekretär und Vizepräsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes.

Das afro-asiatische Institut des israelischen Gewerkschaftsbundes *Histadrut* hat seinen ersten Lehrgang abgeschlossen; 70 Gewerkschafter aus 24 Ländern Afrikas und Asiens studierten gemeinsam während fünf Monaten Theorie und Praxis des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens. Der zweite Lehrgang dieser Art ist zur Zeit im Gange.

Im ehemaligen belgischen *Kongo* haben sich drei gewerkschaftliche Landeszentralen unter dem Namen „Bund der freien Gewerkschaften des Kongo“ zu einer Organisation zusammengeschlossen, deren Satzungen auf den Grundsätzen des IBFG beruht; der IBFG hat in einer Botschaft die kongolischen Gewerkschaften zu diesem Zusammenschluß beglückwünscht.

Am 7. Mai 1961 ist in Berlin nach langem Leiden der Gewerkschaftsführer und ehemalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Jakob Kaiser*, gestorben. Der DGB gedachte in seinem Nachruf der großen Verdienste Jakob Kaisers im Kampf gegen den Nationalsozialismus, für die Freiheit und für eine einheitliche unabhängige Gewerkschaftsbewegung.

Am 30. April 1961 ist in Israel *Fritz Naphtali* im 73. Lebensjahr gestorben. Vor 1933 spielte Fritz Naphtali durch sein 1928 veröffentlichtes Buch „Wirtschaftsdemokratie — ihr Wesen, Weg und Ziel“ eine bedeutende Rolle in den Diskussionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung; nach 1933 nahm er hervorragenden Anteil am Aufbau der Arbeiterbewegung und der Finanzwirtschaft in Israel, wo er nach der Staatsgründung Wirtschaftsminister und Wohlfahrtsminister war.

Arthur Otto, der Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses der Deutschen Postgewerkschaft, ist am 7. April 1961 an den Folgen eines Verkehrsunfalls im Alter von 72 Jahren gestorben. Arthur Otto wirkte in der Weimarer Zeit als Betriebsrat und in verschiedenen Funktionen im Zentralverband der Angestellten; im Dritten Reich wurde er politisch verfolgt und gemaßregelt; nach 1945 setzte er seine ganze Kraft für den Aufbau der Deutschen Postgewerkschaft ein.

Regina Kägi-Fuchsmann, während fast 20 Jahren Leiterin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und des „Colis Suisse“, dessen halblegalen Lebensmitteldienst vielen

hundert Internierten und Untergetauchten in den von Hitler besetzten Ländern das Leben gerettet hat, wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich durch die Verleihung des Dr. h. c. ausgezeichnet. In den letzten Jahren hat Regina Kägi-Fuchsmann ihre Kraft vor allem dem von ihr mitgegründeten schweizerischen Hilfswerk für außereuropäische Gebiete gewidmet; die Gewerkschaftlichen Mo-

natshefte (August 1960) konnten aus ihrer Feder einen Aufsatz über Nepal und das dortige, vor allem dank ihrer Initiative eingeführte Hilfswerk veröffentlichen.

Franz Lepinski und *Kurt Stühler*, Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, haben am 5. Mai eine vierwöchige Informations- und Besuchsreise zu Gewerkschaften in Japan, Indien, Pakistan, Burma, Ceylon und Thailand angetreten.

MITTEILUNGEN *ⁿ unserem Bestreben, unseren Lesern von Zeit zu Zeit charakteristische Proben aus dem Schaffen zeitgenössischer DER REDAKTION Schriftsteller zu bieten, stellen wir an die Spitze dieses Heftes (mit freundlicher Erlaubnis des Walter-Verlages, Olten-Freiburg) einen Text von *Alfred Andersch*. Andersen, Jahrgang 1914, war nach 1945 Redakteur der Zeitschrift „Der Ruf“; mit seinen Büchern „Die Kirschen der Freiheit“, „Sansibar oder der letzte Grund“ und „Die Rote“ stellte er sich in die vorderste Reihe der jungen deutschen Schriftstellergeneration.

In den folgenden Aufsätzen dieses Heftes setzen sich Autoren verschiedener geistiger Herkunft mit dem Verhältnis des Christentums und der Kirchen zur heutigen industriellen Gesellschaft und ihren Problemen auseinander.

Fritz Vilmar studierte Theologie, Soziologie und Geschichtsphilosophie; danach war er als Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Willi Birkelbach, später beim „Seminar für kirchlichen Dienst in der Industrie“ der EKd in Mainz tätig. Zur Zeit lebt Vilmar als freier Publizist und als Referent der Gewerkschaften sowie bei verschiedenen Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung in Frankfurt; er arbeitet an einer Dissertation über Ernst Bloch. Seine Publikationen (Frankfurter Hefte, FAZ, Radius usw.) behandeln vorwiegend soziologisch-theologische Grenzprobleme und Zusammenhänge; daneben propagiert Vilmar seit Jahren die Idee eines Weltfriedensdienstes für die Entwicklungsländer als Alternative zum allgemeinen Wehrdienst.

Prof. Dr. *Marcel Reding*, 1914 in Mecher/Luxemburg geboren, war seit 1947 Dozent für katholische Moraltheologie an der Universität Tübingen, dann für das gleiche Fach ao. Professor an der Universität Graz; er ist jetzt Ordinarius für katholische Theologie an der Freien Universität Berlin. Reding, Herausgeber eines vielbändigen Handbuchs katholischer Moraltheologie, bemüht sich in seinen eigenen Arbeiten in sehr fruchtbarer Weise um eine Auseinandersetzung zwischen katholischer Theologie und zeitgenössischen Geistesrichtungen (Marxismus, Existenzphilosophie). Wir nennen die Titel einiger seiner Schriften: Die Existenzphilosophie (1948), Metaphysik der sittlichen Werte (1949), Der Aufbau der christlichen Existenz (1952), Philosophische Grundlegung der katholischen Moraltheologie (1953), Thomas v. Aquin und Karl Marx (1953), Politischer Atheismus (2. Aufl. 1958).

Theodor Jaeckel, 1908 in Pommern geboren, war von 1940 bis 1960 als Missionar in Japan tätig, wo er sich — in engem Kontakt mit den japanischen Gewerkschaften und dem IBFG — besonders mit den Problemen der Industrialisierung und mit der sozialen Lage der japanischen Bergarbeiter beschäftigte. Im Sommer 1960 unternahm Jaeckel von Japan aus Studienreisen durch Korea, Formosa und Indien und kehrte dann nach Deutschland zurück; er ist jetzt Mitarbeiter an Horst Symanowskis Seminar für Kirchlichen Dienst in der Industrie (Mainz-Kastel).

Fritz Heine, 1904 in Hannover geboren, war vor 1933 und während der Emigration Sekretär im Vorstand der SPD, dem er seit 1938 auch als Mitglied angehörte. Nach der Rückkehr aus der Emigration Pressechef der SPD. Zur Zeit als freier Publizist und Zeitungsherausgeber tätig.

Egon Lutz, geboren 1934 in Bayreuth, ist Mitglied des Zentralvorstandes der Industriegewerkschaft Druck und Papier und verantwortlicher Redakteur des Zentralorgans sowie der Funktionärzeitschrift dieser Gewerkschaft. Lutz war als Teilnehmer einer Delegation deutscher Jugendschriftleiter im Auftrage des Deutschen Jugendringes während vier Wochen zur Beobachtung des Eichmann-Prozesses in Israel. Eine bemerkenswerte Ergänzung zu diesem Bericht aus Israel der Beitrag über die „Aktion Sühnezeichen“ auf S. 368 f. des vorliegenden Heftes; ferner verweisen wir auf den Zeitschriftenspiegel (S. 373).

Ein Aufsatz „70 Jahre Enzyklika *Rerum Novarum*“, der bereits für das Maiheft vorgesehen war, kann wegen einer längeren Erkrankung des Autors, Dr. *Franz Deus*, erst im nächsten Heft erscheinen.